

## Protokoll

### Stadtrat von Thun

Sitzung vom 27. Oktober 2022, 17:15 Uhr, Rathaus, Thun

---

#### Anwesend

##### Stadtrat

Vorsitz: Stadtratspräsident Martin Allemann  
Peter Aegerter, Natalie Althaus, Jonas Baumann-Fuchs, Mathias Berger, Thomas Bieri, Valentin Borter, Adrian Christen, Philipp Deriaz, Franziska Eggenberg, Nicolas Glauser, Sonja Graf, Roman Gugger, Susanne Gygax, Thomas Hiltbold, Alwin Hostettler, Daniela Huber Notter, Manon Jaccard, Reto Kestenholz, Christine Klopfenstein, Nicole Krenger, Alice Kropf, Thomas Lanz, Barbara Lehmann Rickli, Manfred Locher, Michelle Marbach, Marianna Oesch Bartlome, Thomas Rosenberg, Eveline Salzmann, Reto Schertenleib, Claude Schlapbach, Franz Schori, Nina Siegenthaler, Markus van Wijk, Daniel Waldspurger, Cloe Weber, Simon Werren

##### Gemeinderat

Stadtpräsident Raphael Lanz, Gemeinderätinnen Katharina Ali-Oesch und Andrea de Meuron, Gemeinderäte Konrad Hädener und Peter Siegenthaler

##### Ferner

Stadtschreiber Bruno Huwyler Müller

##### Sekretariat

Stadtratssekretär Christoph Stalder  
Protokollantin Nicole Bühler

##### Entschuldigt

Stadträte Christoph Lauener, Alois Studerus, Ronald Wyss

##### Schluss der Sitzung

19:00 Uhr

---

**Der Stadtratspräsident** begrüsst alle Anwesenden und entschuldigt Ramona Forter, die aufgrund eines verstauchten Knöchels heute nicht anwesend sein kann. Jael Schneiter übernimmt den Weibeldienst und in diesem Zusammenhang bittet er den Rat, Vorstösse rechtzeitig einzureichen. Zudem begrüsst er Judith Lüdi als neue Protokollantin und weist den Rat bei dieser Gelegenheit darauf hin, kurze und unkomplizierte Voten zu halten.

## 102. Protokoll

### **Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 22. September 2022**

Der Rat genehmigt das Protokoll stillschweigend.

## 103. Motion M 3/2022 betreffend Zuwendungen nur an politisch neutrale Organisationen

### **Valentin Borter (SVP), Philipp Deriaz (SVP) und Christoph Lauener (SVP) vom 16. Juni 2022; Beantwortung**

**Valentin Borter (SVP)** dankt dem Gemeinderat für seine Ausführungen und der grundsätzlichen Verpflichtung zu dem geschilderten Anliegen. Die Antwort des Gemeinderates stösst generell auf Zufriedenheit, er weist aber darauf hin, dass zukünftig ein genaues Augenmerk auf die Angelegenheiten gerichtet wird und erhofft sich dies auch vom Gemeinderat. Es kann nicht sein, dass die Stadt für das Jubiläum der SP Gratis-eintritte für ins Schwäbis bezahlt. Ausserdem unterstützt die Stadt auch diverse Vereine mit Mietzahlungen, welche das gesparte Geld weiter spenden, unter anderem auch an anarchistische Organisationen. Er weist auf das Bewusstsein hin, dass diese Spendengelder nicht vom Gemeinderat, sondern von den Steuerzahlern kommen. Die Argumentation des Gemeinderates betreffend Bürokratie und Problematik in der Umsetzbarkeit kann er jedoch nachvollziehen. Deshalb zieht er die Motion zurück.

## 104. Postulat P 15/2022 betreffend Prüfung des Einsatzes von Eurokey Schlössern für Behindertentoiletten und weitere Anlagen in Thun

### **Fraktionen SP, glp/EVP/EDU und Grüne/JG vom 12. Mai 2022; Beantwortung**

**Adrian Christen, Fraktion SP**, erläutert zuerst die Idee von Eurokey, deren Einsatz eine höhere Qualität der Toiletten erhoffen lässt. Diese Toiletten können ausschliesslich von den Betroffenen genutzt werden und sind dadurch vor Vandaleakten Dritter geschützt. Er erwähnt den vom Amt für Stadtliegenschaften ausgehändigte Plan, auf welchem zwanzig Eurokey Anlagen aufgeführt sind. Davon sind lediglich zwei von der Stadt Thun betrieben. Die Fraktion ist der Auffassung, dass mehr möglich ist. Geschätzt wird, dass vierzehn Eurokey Toiletten von Geschäften, primär von Coop und Migros, zur Verfügung gestellt werden. Er weist aber darauf hin, dass zu den Ladenschliesszeiten die Toiletten nicht mehr zugänglich sind und schlussfolgert, dass nur ungefähr sechs Eurokey Toiletten jederzeit erreichbar sind. Aufgefallen ist ihm zudem, dass es in den Parkhäusern Grabengut und Aarestrasse Eurokey Toiletten gibt, jedoch nicht im neusten Parkhaus, dem Schlossbergparking. Er bedauert dies, vor allem weil das Amt für Stadtliegenschaften bekräftigt, diesbezüglich sensibilisiert zu sein. Die Fraktion ist mit der Beantwortung grundsätzlich zufrieden und mit der Abschreibung einverstanden.

**Simon Werren, Fraktion Die Mitte**, hält fest, dass das System Eurokey in der Stadt Thun an diversen Orten eingesetzt wird. Das Wichtigste dabei ist die Einhaltung des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG), was in der Stadt entsprechend praktiziert wird. Er weist auf die Webseiten von Procap und Eurokey hin, welche einen besseren Einblick in die Thematik ermöglichen als der Stadtratsbericht. In Deutschland beispielsweise gibt es ein Buch, das zuerst bestellt werden muss, um die Standorte der verschiedenen Eurokey Toiletten zu sehen. Somit findet er, dass wir in der Schweiz mit der digitalen Karte gut aufgestellt

und unkompliziert sind. Zudem stehen in der Stadt viele weitere Behindertentoiletten zur Verfügung, die keinen Schlüssel benötigen. Fraktion Die Mitte wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Natalie Althaus, **Fraktion Grüne/JG**, bedankt sich beim Gemeinderat und ist im Grundsatz mit der Antwort einverstanden. In der Innenstadt und an stark frequentierten Orten gibt es genug Toiletten für gehbehinderte Menschen. Die Fraktion anerkennt die Bemühungen der Stadt bei Sanierungs- und Renovationsarbeiten von stadteigenen WC-Anlagen, diese, wenn möglich, ebenfalls mit Eurokey Schlössern auszustatten. Gemäss Antwort des Gemeinderates sei dies aber aus Bau- und Platzgründen nicht immer möglich, was die Fraktion bezweifelt. Sie sieht die Problematik bereits in der Planung, bei welcher meistens nur von zwei Nasszellen ausgegangen wird. Mehrere Bedürfnisgruppen müssen sich diese Räume teilen, was verschiedene Konsequenzen mit sich zieht. Männer benötigen vorwiegend am wenigsten lang auf der Toilette. Sie kümmern sich aber immer öfter auch um ihre Kinder und suchen erfolglos nach einem Wickeltisch. Ein solcher ist teilweise in der Nasszelle der Frauen auffindbar, teilweise aber auch gar nicht. Die zweite Nasszelle wird oftmals geteilt von Frauen und ihren Kindern, die gewickelt werden müssen, sowie von gehbehinderten Personen. Die Frauen haben grundsätzlich doppelt so lange wie die Männer, wenn sie menstruieren, noch länger. Dies wiederum lässt Väter warten, die ihre Kinder in dieser Nasszelle wickeln müssen. Gehbehinderte Menschen brauchen ebenfalls länger. All diesen Menschen wird daher zugemutet, den gleichen Raum zu teilen, wodurch oftmals Unmut, Warteschlangen und böse Worte entstehen. Die Fraktion hofft, dass bei zukünftigen Planungen dieser Problematik mehr Beachtung geschenkt wird. Neben Procap müssen auch die anderen Herausforderungen, die es sonst noch gibt, berücksichtigt werden. Die Fraktion stimmt für die Annahme und gleichzeitige Abschreibung.

Reto Schertenleib, **Fraktion SVP**, stellt erfreut fest, dass das System Eurokey in der Stadt bekannt ist und wo möglich angewandt wird. Er kann aber auch nachvollziehen, dass dies aufgrund fehlender baulicher Voraussetzungen nicht überall möglich ist. Beispielsweise fehlen oft separaten Zugänge, damit die Toiletten ausserhalb von Betriebszeiten benutzt werden können. Er weist weiter darauf hin, sich von der beigelegten Karte nicht irreführen zu lassen. Auf der Karte sieht man lediglich jene Toiletten, die mit Eurokey Schlössern ausgestattet sind, ob städtisch oder nicht. Nicht zu vergessen sind die Behindertentoiletten, die es in anderen Infrastrukturen gibt, auch wenn diese nicht mit Eurokey ausgestattet sind. Die Stadt Thun ist auf einem guten Weg. Die Fraktion wurde ausserdem darüber informiert, dass die Stadt bei Neubauten oder Sanierungen die Möglichkeit eine Eurokey-Toilette zu erstellen immer prüft. Das Postulat ist geklärt und die Fraktion nimmt es an, bei gleichzeitiger Abschreibung.

Franziska Eggenberg, **Fraktion glp/EVP/EDU**, dankt dem Gemeinderat für die Überprüfung. Sie wiederholt den Bestand von zwanzig Toiletten, die mit Eurokey bedient werden können und erwähnt die zusätzlichen Behindertentoiletten in öffentlichen Räumen. Im Laufe von Sanierungen wird die Anzahl bestimmt erhöht, wovon sie überzeugt ist. Somit wird dem Anliegen Rechnung getragen. Auch in Restaurants mit Betriebsbewilligung gilt die Auflage, rollstuhlgängige Toiletten zur Verfügung zu stellen. Die Fraktion hält die Anzahl bestehender Eurokey Toiletten für ausreichend und schätzt die Offenheit des Gemeinderates diesbezüglich und folgt dem Antrag auf Annahme und Abschreibung.

**Claude Schlapbach** (FDP) fasst sich kurz, da seiner Meinung nach bereits alles gesagt wurde. Die FDP wird den Antrag annehmen und abschreiben.

**Gemeinderat Konrad Hädener** betont, dass fast alle Aspekte ausgeleuchtet wurden, abgesehen vom Thema Unisex. Dieses will er hier aber nicht vertiefen, da die Meinungen diesbezüglich möglicherweise stark auseinander gehen würden. Das primäre Ziel des Gemeinderates ist es, öffentliche Gebäude für Menschen mit Behinderung zugänglich zu machen. Seiner Meinung nach ist dieses Ziel noch nicht abschliessend erreicht. Er erwähnt beispielsweise die Schulhäuser. Dass für Menschen mit Beeinträchtigungen separate Anlagen in höhere Qualität zur Verfügung stehen könnten, indem diese abschliessbar sind, muss das sekundäre Ziel sein. Im Grundsatz geht es darum, alle Gebäude, Türklingen, Haltekanten und Bahnhöfe für Menschen mit Beeinträchtigungen generell zugänglich zu machen. Dieses Vorgehen ist im

Gänge und auch die STI, SBB und BLS sind diesbezüglich bestrebt. Er schlussfolgert, dass nach dieser Prioritätenliste gearbeitet wird.

#### **Stadtratsbeschluss**

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es gleichzeitig ab.

#### **105. Postulat P 19/2022 betreffend klimaangepasstes Thun dank entsiegelten Strassenräumen**

**Franz Schori (SP), Fraktion SP, Fraktion Grüne/JG, Fraktion glp/EVP/EDU vom 16. Juni 2022; Beantwortung**

Franz Schori, **Fraktion SP**, betont, dass der Fraktion vieles aus der Antwort gefällt. Der Gemeinderat anerkennt, dass es für eine klimaangepasste Stadtentwicklung mehr schattenspenden Bäume, mehr Grünräume und mehr unbesiedelte Flächen braucht und versteht, dass helle Asphaltbeläge eine bis zu zwölf Grad tiefere Belagsoberflächentemperatur als bisherige Beläge ermöglichen. Der Gemeinderat verweist auf das Stadtentwicklungskonzept 2035, auf die Ortsplanungsrevision, auf Betriebs- und Gestaltungskonzepte für bevorstehende Strassenraumplanungen und auf Grünelemente, die dabei eingesetzt werden sollen. Bei zukünftigen Bauprojekten wie beispielsweise der Grundgestaltung des Viehmäritplatzes, der Platzgestaltung beim Grabengut, bei Parkplatzsanierungen und bei der Gestaltung von Strassenräumen sichert der Gemeinderat die Einplanung von Grünräumen zu. Die Fraktion SP ist erfreut, dass der Gemeinderat die Entsiegelung von Strassenräumen als umsetzbare Massnahme zur Verbesserung des Stadtklimas anerkennt. Für die Fraktion sind gewisse Aussagen jedoch zu oberflächlich. Er fragt sich, wie die Überprüfung, die ergab, dass nur ein kleiner Flächenanteil entsiegelt werden kann, durchgeführt wurde und wie sich der Gemeinderat eine Datengrundlage verschaffen will, um einen Masterplan zu erarbeiten, der einen festen Prozentsatz an Flächen enthält, die jährlich entsiegelt werden soll. Er fragt weiter nach dem Kostenaufwand und dem Zeithorizont diesbezüglich. Die Fraktion ist deshalb für die Annahme und gegen die Abschreibung und schlägt vor, dass der Gemeinderat eine Studie lanciert, die vertiefte Fakten zu den offenen Fragen gibt. Nach Vorliegen der Studie sowie einem langfristigen Masterplan kann das Postulat im Rahmen des Jahresberichts abgeschrieben werden.

Nicolas Glauser, **Fraktion glp/EVP/EDU**, gibt die Stellungnahme der Fraktion bekannt. Das vorliegende Postulat wird als weiteren Schritt in Richtung klimaoptimiertes Thun verstanden. Er weist darauf hin, dass es nicht darum geht, die Zeit zurückzudrehen und viel befahrene Strassen in Schotterstrassen zurück zu wandeln. Es ist wichtig, die Zeichen der Zeit zu erkennen und bei vernünftigen Gelegenheiten neue Flächen nicht standartmässig zu versiegeln, sondern bei anstehenden Arbeiten andere Optionen als Asphalt zu berücksichtigen. Er ist erfreut über die positive Aufnahme des Anliegens und der Sensibilisierung zu diesem Thema. Es ist vernünftig, keinen starren Prozentsatz einzuhalten, sondern bei anbietenden Möglichkeiten entsprechend zu handeln. Möglichst ressourcenarme Berichterstattungen über erfolgte Entsiegelungen werden erwartet. Als Laie stellt er sich hierfür beispielsweise eine Excel-Tabelle vor, in welcher jede Aufhebung oder Vermeidung eingetragen werden kann. Dies bietet einen Überblick, ob es in die richtige Richtung geht. In diesem Sinne unterstützt die Fraktion den Antrag auf Annahme und Abschreibung.

Simon Werren, **Fraktion Die Mitte**, erklärt, dass ein bestimmter Prozentsatz an öffentlichen Strassenräumen, die entsiegelt werden müssen, für die Fraktion keinen Sinn ergibt. Als Beispiel zeigt er auf, dass es bei einem Prozentsatz von drei Prozent in rund 33 Jahren in Thun nur noch Naturstrassen oder Rasen gäbe. Besser erachtet er es, den Aspekt bei zukünftigen Planungen von Beginn an einzubeziehen. Bei den anstehenden Arbeiten für das Gestaltungskonzept gilt es, diesen Aspekt miteinzubeziehen. Er sieht die Aufführung der entsiegelten Strassenräume im Jahresbericht als möglich, jedoch nicht als zwingend. Bestehende Strassen aufzureissen, sei aber nicht im Sinne des Postulats. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für die Antwort und die Anerkennung des Bedürfnisses nach besiegelten und begrüneten Strassenräumen. Der Bericht lässt sie aber unschlüssig zurück. Einerseits ist sich der Gemeinderat der Bedeutung des Themas bewusst und wird dieser im Rahmen von aktuellen Projekten Rechnung tragen. Andererseits bleibt der Gemeinderat sehr vage und will sich mangels Datengrundlagen nicht auf einen Prozentsatz festlegen. Im Rahmen des Prüfauftrags hätte der Gemeinderat vorschlagen können, sich diese Datengrundlage zu beschaffen. Damit meint sie, aufzuzeigen, welche Flächen besiegelt werden können, welche bereits entsiegelt sind und wo weiteres Potenzial besteht. Mit dem bald vorliegenden kantonalen Klimamodell gibt es eine entsprechende Grundlage. Die Fraktion schliesst sich dem Wunsch der Fraktion SP nach einem Studienauftrag an. Der Gemeinderat bekräftigt, dass das Thema überall integriert wird mit gleichzeitigem Tenor, dass wenig Potenzial vorhanden ist. Sie erläutert andere pragmatische Wege, wie die Stadt vorwärts gehen kann, wenn in den eigenen Flächen nicht viel Potenzial gesehen wird. Als gutes Beispiel nennt sie die Stadt Sion. Dort wurden nicht nur stadteigene Flächen ins Visier genommen, sondern auch private Bauwerke. Daraus entstand der Leitfaden für private Bauherrschaften und Planungsverantwortliche sowie verbindlichen hitzevermindernde Richtlinien für die Planung öffentlicher Räume. Sie hält fest, dass nicht nur Sion, sondern auch diverse andere Städte sich mit dieser Thematik beschäftigen und fragt sich, ob ein städteübergreifender Austausch stattfindet, um von Erfahrungen aus anderen Städten profitieren zu können. Sie ist mit Stadtrat Simon Werren einig, dass keine bestehenden Strassenbeläge aufgerissen werden sollen. Jedoch geht es hierbei nicht um Verschönerungsaktionen, sondern um ein Umrüsten der Stadt für die Zukunft. Thun, die Schweiz wie auch die ganze Welt stehen vor der Herausforderung des Klimawandels und wie sich das Klima auf die Städte und die Gesundheit der Menschen auswirken wird. Die Fraktion fordert deshalb, dass die Stadt Thun beherzt und mit raschen Schritten vorwärts geht, um der Thematik die notwendige Priorität einzuräumen. Sie spürt dies in der Antwort des Gemeinderates trotz viel Wohlwollen zu wenig und bezweifelt, dass aufgrund der heutigen Kenntnislage im Rahmen der jährlichen Berichtserstattung über Fortschritte geurteilt werden kann. Deshalb wird die Fraktion das Postulat annehmen, fordert jedoch, es nicht abzuschreiben.

Reto Schertenleib, **Fraktion SVP**, dankt dem Gemeinderat für die Antwort. Die Fraktion wird dem Antrag auf Abschreibung folgen. Er sieht nicht ein, dass ein fixer Prozentsatz an besiegelten Strassenräumen festgelegt werden muss. Ebenso wenig sieht die Fraktion das Lancieren einer eigenen Entsiegelungsoffensive als notwendig. Er erachtet es aber als sinnvoll, dass bei bevorstehenden Tiefbauprojekten in der Planung die Möglichkeiten evaluiert werden. Als eine der wenigen Übereinstimmungen mit Stadträtin Michelle Marbach lässt es auch ihn etwas unschlüssig zurück, dass genau die Anspruchsgruppen, die entsiegelte Strassenräume fordern, die Gemeindeinitiativen einreichen, welche Versiegelungsinitiativen gleichkommen. Er betont, dass die Wohninitiative, die bis 2035 einen Mindestanteil von 15 Prozent gemeinnützigen Wohnungen fordert, nur durch massivsten Zubau und somit zwangsläufig einer Versiegelung von Strassen möglich ist. Die Veloinitiative fordert 25 Kilometer Velostrecke in Thun, was wiederum nur auf Kosten von entsiegelten Flächen möglich ist. Zwei Versiegelungsinitiativen wurden gleichzeitig mit diesem Postulat eingereicht, was in seinen Augen nicht aufgehen kann. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

**Barbara Lehmann Rickli (FDP)** erklärt, dass das Anliegen der Postulantinnen und Postulanten berechtigt erscheint. Die verdichtete Bauweise überhitzt das urbane Klima sehr, was durchaus gesundheitliche Risiken birgt. Sie untermalt, dass durch Umsetzung des Anliegens Extremwetterlagen besser und ohne grössere Schäden an Bauten, Menschen und Tieren abgefedert werden können. Sie wiederholt, dass sich der Gemeinderat der Thematik bewusst ist und das Tiefbauamt dem Aspekt zukünftig Rechnung tragen wird. Die Fläche vom Manor zum Aarequai ist quasi vollständig versiegelt. Sie erlaubt sich die Bemerkung, dass Frauen mit High Heels an den neuen Belägen keine Freude haben könnten, was aber kein Gegenargument sein darf. Ein fixer Prozentsatz sieht auch sie als problematisch, da dies keine Flexibilität mehr ermöglicht. Die FDP schliesst sich dem Gemeinderat an, nimmt das Postulat an und schreibt es zugleich ab.

Michelle Marbach, **Fraktion Grüne/JG**, nimmt Bezug auf die Aussage von Stadtrat Reto Schertenleib. Bezüglich der Wohnungsinitiative ist sie über seine Aussage ratlos und verwirrt. Es werden keine Villen mit grossem Umschwung und Swimmingpool gefordert, sondern preisgünstiger Wohnungsbau. Sie fordert Stadtrat Reto Schertenleib auf, ihr seine Problematik in einem persönlichen Gespräch zu erklären. Des Weiteren weist sie darauf hin, dass bei genauem Durchlesen des Textes ersichtlich ist, dass die Veloinitiative, sollte sie zustande kommen, mehrheitlich über Velostrassen abgesichert wird und sie stellt richtig, dass Velostrassen umsignalisierte und keine neuen zugespflasterten Strassen sind. Für sie fehlt hier der Zusammenhang in den Äusserungen von Stadtrat Reto Schertenleib.

Franz Schori, **Fraktion SP**, ist der Auffassung, dass Stadtrat Reto Schertenleib mit seinem Votum mehr als eine Gegenrede provoziert. Er hält fest, dass eine Begrünung von Fassaden und Dachflächen zu noch mehr Grünfläche als vorher führen kann. Wenn in der Stadt bei bestehenden Bauten die Fassaden und Dächer ebenfalls noch begrünt und mit Photovoltaik versehen würden, wäre für das Stadtklima bereits viel erreicht. Er dankt Stadträtin Michelle Marbach für ihre Äusserungen bezüglich der Velostrassen.

**Gemeinderat Konrad Hädener** betont, dass sich der Gemeinderat bei der Beantwortung der Vorstösse an die Wortlaute der Prüfungsaufträge hält und, dass in diesem Fall von öffentlichen Strassenräumen gesprochen wird. Der erwähnte fixe Prozentsatz wurde seines Wissens in einer Entwurfsphase des Postulates bereits diskutiert. Die Diskussion zeigte aber die Problematik eines solchen auf. Den Ball jetzt wieder dem Gemeinderat zuzuwerfen erachtet er als zu einfach und ein fixer Prozentsatz als nicht zielführend. Eine Entsiegelung bedeutet eine Rückkehr von befestigten zu unbefestigten Strassen. Konkret wird von der Qualität von Wald- und Feldwegen gesprochen. Ohne komplexe Methodik sieht er in Thun kaum Strassen, die sich für diesen Zweck eignen würden, ohne Rekapitulation ins 19. Jahrhundert, als auf solchen Strassen die Verkehrsbelastung sowie die gefahrenen Geschwindigkeiten Bruchteile von heute ausmachen. Die unbefestigten Strassen, von denen gesprochen wird, eignen sich nur für sehr wenig Verkehr und tief gefahrene Geschwindigkeiten. Er äussert den Gedanken über die Anzahl übermotorisierter Sport Utility Vehicles (SUVs) und Offroaders mit Allrad, die in der Schweiz und in Thun unterwegs sind. Für diese könnte so ein Übungsfeld geschaffen werden, meint er ironisch. Er deutet weiter auf den Veloverkehr hin, für welchen entsiegelte Strassen mit Schlaglöchern und dergleichen noch weniger geeignet sind. Der Gemeinderat hat den Wortlaut grosszügig ausgelegt und nicht nur Strassen, sondern auch Plätze erfasst. Er ergänzt die Thematik mit den befestigten Belägen, bei welchen die Anforderungen weit auseinander gehen: Helle Farben für tiefe Temperaturen, lärmarm, mit hohen Anteilen an Recyclingmaterial und Tieftemperaturen bei der Herstellung für einen tiefen Energieverbrauch. Diese Anforderungen beissen sich zum Teil. Das Optimierungsproblem gilt es von Fall zu Fall anzuschauen.

Franz Schori, **Fraktion SP**, dankt dem Gemeinderat Konrad Hädener für seine Ausführungen. Er bestätigt, dass in der Entwurfsphase ein fixer Prozentsatz diskutiert aber entfernt wurde, um dem Gemeinderat mehr Spielraum zu verschaffen. Die Antwort zeigt, dass sich der Gemeinderat einen festen Prozentsatz nicht aus den Fingern saugen kann, was seitens Postulantinnen und Postulanten ebenfalls der Fall gewesen wäre. Er zeigt sich erfreut darüber, dass das Thema in Thun angekommen ist, auch wenn es in Kombination mit der Annahme abgeschrieben werden sollte.

#### **Stadtratsbeschluss**

Der Rat erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es mit 21 : 16 Stimmen nicht ab.

### **106. Postulat P 13/2022 betreffend Verhinderung von Behinderung – Stärkung von Teilhabe**

#### **Fraktionen glp/EVP/EDU, SP und Grüne/JG vom 12. Mai 2022; Beantwortung**

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion glp/EVP/EDU**, dankt für die umfangreiche Auslegeordnung, die einen interessanten Überblick bietet, der zeigt, dass bereits einiges am Laufen ist. Er versucht die Antwort bildnerisch darzustellen und hält fest, dass die Antwort des Gemeinderates wie ein teilweise-Mise en Place

wirkt. Das Apéro und die Vorspeise sind zu gewissen Teilen gekocht, einige Produkte befinden sich im Kühlschrank, andere im Keller, gewisse sind aber noch gar nicht da und es ist noch überhaupt nicht klar, welche Gänge entstehen sollen respektive, wie das Gesamtmenu aussehen wird. Bausteine und Facetten sind ersichtlich, jedoch braucht es für ein ganzes Menu eine grössere Auslegeordnung und eine Verknüpfung der verschiedenen Sachen, was ihm in der Antwort noch fehlt. Er betont weiter, dass Produkte zum Kochen unterschiedlich eingesetzt werden können. Er unterstreicht, dass das Menu noch nicht fertig ist, dies aber auch nicht das Ziel war und kein Vorwurf sein soll. Jedoch fordert er, dass an dem Anliegen weitergearbeitet wird und betont sein Herzensanliegen, die Inklusion und Teilhabe von Menschen mit Beeinträchtigungen dem Stadtrat schmackhaft zu machen. Er ist überzeugt, dass durch Integration eher ausgegrenzt wurde, denn nur wer sich anpasst, gehört dazu. Solches Handeln soll heute nicht mehr das Mass sein. Menschen mit Beeinträchtigungen sollen ihr Leben nicht an unsere Strukturen anpassen müssen. Es soll zusammen daran gearbeitet werden, was nicht nur Teilnahme, sondern auch Teilhabe besteht. Diese Menschen sollen von Beginn an als wertvoller Teil unserer Gesellschaft gesehen werden. Zur Verdeutlichung zählt er folgende Begriffe auf: Beteiligung, Selbstbestimmung, Barrierefreiheit, Hindernislosigkeit, persönliche Assistentinnen und Assistenten, Selbstbewusstsein stärken, Unterschiede akzeptieren, nein sagen, miteinander statt nebeneinander. Der Gemeinderat hat nicht gesagt, wie die Ziele erreicht werden können, sondern nur, was er schon im Kühlschrank hat. Wenn das Menu noch nicht bekannt ist, darf es nicht dabei belassen werden. Die Fraktion stellt deshalb den Antrag, diesen Vorstoss nicht abzuschreiben. Er hatte die Gelegenheit, in der Arbeitsgruppe «Inklusion Thun» mit Fachleuten, Betroffenen und Institutionen, das Anliegen zu diskutieren. Alle sind der Meinung, dass hier noch einiges getan werden kann und ein solcher Vorstoss eine gute Sammlung ist, die nicht abgeschrieben werden darf. Die Vision, wie das Menu insgesamt aussehen kann, fehlt heute noch. Die Fraktion hat im Vorstoss diverse Impulse gesetzt. Als Inspiration greift er diese erneut auf: anstelle von Altersbeauftragte könnte es Inklusionsbeauftragte heissen; Leitbilder, die zwischen Jugend und Alter aufgeteilt sind, könnten zu Generationenleitbildern zusammengefasst werden; und die Inklusion könnte auch als Legislaturziel aufgegriffen werden. Er unterstreicht die Wichtigkeit der Thematik für unsere Gesellschaft und die Zukunft, wie miteinander gelebt werden kann, ohne Ausgrenzung von Menschen, die anders sind. Er ist sich bewusst, dass noch viel Arbeit ansteht. Alles muss ganzheitlicher werden und die Menu-Bestandteile müssen so zusammengefügt werden, damit etwas entsteht, das Freude bereitet. Dazu gilt es, sich nochmals an den Herd zu stellen und ein erfreuliches Menu zu kreieren. Die Fraktion nimmt das Postulat an und stellt den Antrag auf Nichtabschreiben.

Daniela Huber Notter, **Fraktion Die Mitte**, bedankt sich bei den Postulanten für die Fragestellung und dem Gemeinderat für die ausführliche Beantwortung. Für die Fraktion war nicht klar, was genau verbessert werden soll. Details in der Fragestellung wurden vermisst. Menschen mit speziellen Bedürfnissen soll und wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt, was sie als selbstverständlich sieht. Die Fraktion folgt dem Antrag des Gemeinderats einstimmig.

**Nina Siegenthaler (SP)** ist der Meinung, dass in der Antwort des Gemeinderates zwar einige Handlungsfelder aufgezeigt sind, Lösungsansätze jedoch nur wenige zu entnehmen sind. Erkannt wurde, dass eine Sensibilisierung für alle Formen von Behinderungen eine zentrale Bedeutung hat. Wird auf die Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen keine Rücksicht genommen, wird dies mit Unwissen und fehlender Achtsamkeit betitelt. Sie fragt sich, wie der Gemeinderat die Sensibilisierung, insbesondere innerhalb der Verwaltung, zu erreichen gedenkt. Die Frage nach einer Kontaktstelle für Menschen mit Beeinträchtigungen wurde vom Gemeinderat offengelassen und sie fragt sich, ob die Installation einer solchen Stelle angedacht ist. Zeitintensives und mühseliges Suchen nach Informationen für unterstützende Angebote könnte so erleichtert werden. Erfreut erwähnt sie das interdisziplinäre Netzwerk «Hindernisfrei durch das Berner Oberland» mit dem Schwerpunkt Stadt Thun. Das Netzwerk besteht aus allen relevanten Organisationen aus dem Behindertenwesen, aus Betroffenen und aus Fachbereichen aus der Stadtverwaltung. Wichtige Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen können so in der Verwaltung und bereits in Planungsphasen aufgenommen werden. Jedoch ist die Finanzierung des Netzwerks noch nicht gesichert. Sie ist der Auffassung, dass die Stadt Thun hier einen Beitrag leisten könnte, um die weitere Arbeit dieses

Netzwerks zu stärken und zu festigen. Warum dies nicht geschieht, obwohl die Stadt erkennt, dass sie dazu in der Lage wäre, versteht sie nicht. Ausserdem ist es wünschenswert, den Zugang zu Arbeitsstellen im Arbeitsmarkt für Menschen mit Beeinträchtigungen zu erleichtern. Der Gemeinderat sieht dies ebenso, führt jedoch aus, dass momentan keine weiteren Aktivitäten geplant sind und dass kein Konzept besteht, um ansässige Arbeitgebende darauf anzusprechen, vermehrt entsprechende Arbeitseinsätze anzubieten. Es wäre wünschenswert, solche Lücken zu schliessen und entsprechende Aktivitäten in Angriff zu nehmen. Bezüglich der Barrierefreiheit im öffentlichen Verkehr sowie der Hindernisfreiheit im öffentlichen Raum wird erkannt, dass hier der grösste Handlungsbedarf besteht. Das Gesamtverkehrskonzept definiert Massnahmen für eine behindertengerechte Ausstattung vom ÖV-Haltestellenetz. Aus Sicht der Betroffenen ist es so, dass aktuell viele Bushaltestellen so ungünstig gebaut oder platziert sind, dass ein Einstieg in den Bus über die Rampe mit einem Rollstuhl nicht möglich ist. Diesbezüglich hofft sie auf eine Verbesserung in naher Zukunft. Sie zeigt sich erstaunt darüber, dass die Frage nach Thuner Restaurants, die die Barrierefreiheit erfüllen, nicht beantwortet werden kann. Sie ist der Auffassung, dass eine Prüfung der Gastrobetriebe möglich und nachholbar ist, auch wenn die Leitbehörde der Restaurationsbetriebe das Regierungsstadthalteramt ist. Das Amt für Stadtliegenschaften hat städtische Liegenschaften, beispielsweise Kindergärten und Schulanagen, hinsichtlich der Behindertentauglichkeit untersucht und bei älteren und unsanierten Gebäuden kleine und grössere Defizite festgestellt. Erfreulich ist, dass ein Vorgehensplan bezüglich Umsetzung zu hindernisfreien Anlagen demnächst vorliegt, sowie die Absicht, die bestehenden Defizite anzugehen und zu beheben. Dass bei der Frage nach Barrierefreiheit nur die städtischen Liegenschaften und Wohnbaugenossenschaften begutachtet wurden ist nachvollziehbar. Wünschenswert wäre aber eine vollumfängliche Begutachtung bezüglich Einhaltung und Umsetzung von Vorschriften bei Bauten im Allgemeinen. Sie hinterfragt das Bestehen von Regeln, wenn diese bei der Umsetzung nicht konkret berücksichtigt werden. Damit noch offene Abklärungen nachgeholt und mögliche Umsetzungen von Theorie in die Praxis geprüft werden können, beantragt die Fraktion SP, das Postulat nicht abzuschreiben.

Thomas Lanz, **Fraktion Grüne/JG**, dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Stellungnahme und die ämterübergreifende Berichterstattung zu den angesprochenen Schwerpunkten. Aus der Sicht der Fraktion soll sich die Stadt Thun nicht nur als Stadt am Wasser, sondern auch als Stadt für alle Menschen positionieren. Er bestätigt die Auffassung eines ehemaligen deutschen Bundespräsidenten, wonach der Wert einer Gesellschaft daran erkannt wird, wie mit den schwächsten Gliedern umgegangen wird. Um die Vision einer Stadt für alle Menschen zu verwirklichen, ist eine Stärkung der Teilhabe und eine vollständige soziale Inklusion von Menschen mit Beeinträchtigungen unabdingbar. Die Stadt Thun hat in diesem Prozess diverse Hebel zur Verfügung, wie beispielsweise die Stärkung und der Ausbau von Sensibilisierungs- und Informationsangeboten, von barrierefreiem bezahlbarem Wohnraum, vom städtischen Arbeitsplatzangebot, von barrierefreier Mobilität, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum und kulturellen Begegnungsorten. Der Gemeinderat hat in diesen Schwerpunktfeldern versucht aufzuzeigen, wie sich die aktuelle Situation in Thun präsentiert. Trotzdem bleiben einige vorformulierte Fragen offen und nur in wenigen Fällen ist ein klares Konzept ersichtlich, das zeigt, mit welchen konkreten Massnahmen die Inklusion gestärkt werden kann. Ein gutes Beispiel ist, der Vorgehensplan, der nach der Untersuchung von 40 Kindergärten und Schulanlagen erarbeitet wurde, um dort die kleineren und grösseren Defizite bezüglich der Behindertentauglichkeit in den kommenden Jahren zu beheben. Solche Pläne und Strategien fehlen nicht nur bei den einzelnen Schwerpunktfeldern, es fehlt auch eine übergeordnete Strategie der Stadt Thun zur Stärkung der Teilhabe und zur besseren Zielerreichung. Aus diesen Gründen wird die Fraktion das Postulat einstimmig annehmen aber gegen eine Abschreibung stimmen.

**Eveline Salzmann (SVP)** betont, dass nicht jede gute Absicht zu einem guten Vorstoss führt und nicht jeder Vorstoss sinnvoll ist. Hinter diesem Vorstoss steht eine gute Absicht, nämlich die Gewährleistung, dass Menschen mit Beeinträchtigungen am Alltag und am Berufsleben möglichst ohne Behinderung teilnehmen können. Die Beantwortung des Vorstosses zeigt aber auch, was nicht sinnvoll ist. Die SAKO-Sitzung zeigte, mit welchem immensen Aufwand die Beantwortung dieses Vorstosses einherging. Sie ist der Meinung, dass es im Grundsatz wenig braucht, damit Menschen mit Beeinträchtigungen im Alltag und am Berufsleben möglichst ohne Behinderung teilnehmen können. Im Gegensatz zur Auffassung von

Stadträtin Nina Siegenthaler sieht sie eine Kontaktstelle nicht als notwendig. Es braucht lediglich drei Sachen: Erstens müssen die entsprechenden Interessenverbände bei ihren Mitgliedern die Bedürfnisse abholen und schauen, wo es Verbesserungsmöglichkeiten gibt und was realistisch und umsetzbar ist. Mit konkreten Vorschlägen müssen sie anschliessend an die Stadt Thun gelangen. Zweitens muss die Stadt Thun beziehungsweise der Gemeinderat offen sein für solche Vorschläge und prüfen, was möglich, realistisch und finanzierbar ist. Drittens soll Jede und Jeder mit offenen Augen durch die Welt gehen und offen sein für Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen. Sei es das Türaufhalten für Rollstuhlfahrer oder das Notieren für Gehörlose. In diesem Zusammenhang widmet sie den Busfahrern der STI ein Kränzchen. Um zu untermauern, dass der Gemeinderat Interesse zeigt für Anliegen aus Interessenverbänden, berichtet sie von einem persönlichen Erlebnis. Nach dem Turnwettkampf ihrer Tochter in Büren vor circa einem Monat konnte sie mit einer anderen Mutter, die beim Schweizerischen Blinden- und Sehverband arbeitet, im Auto mitreiten. Auf der gemeinsamen Autofahrt sagte die Frau, dass sie es als sinnlos erachtete, wenn jeder Interessenverband für sich selber schaut und dass eine Zusammenschliessung sinnvoll wäre. Diese Idee hat sie bei der Stadt Thun telefonisch deponiert. Verblüfft war sie über den Rückruf von Gemeinderat Peter Siegenthaler, der die Idee als gut befunden hat. Sie geht davon aus, dass dieses im Postulat erwähnte interdisziplinäre Netzwerk «Hindernisfrei durch das Berner Oberland» aus dieser Geschichte entstanden ist. Die Fraktion SVP ist mit der Beantwortung des Vorstosses zufrieden, dankt dem Gemeinderat und sieht das Menu als angerichtet. Die Fraktion wird das Postulat annehmen und abschreiben.

**Claude Schlapbach** (FDP) dankt dem Gemeinderat und der Stadtverwaltung für die Antwort. An der SAKO-Sitzung hat er erfahren, dass fast alle Abteilungen der Stadt involviert waren. Die Antwort des Gemeinderates zeigt, dass der grösste Handlungsbedarf in der Komplexität vom ÖV besteht. Er berichtet vom Betrieb, in dem er arbeitet, der täglich über 500 Menschen mit Beeinträchtigungen von A nach B fährt. Bei der Beratung der Kunden stellt er bedauernd oft fest, dass viele Mitmenschen mit Behinderung diese Finanzierungsmöglichkeit nicht kennen. Wenn der ÖV nicht die geeignete Wahl ist, kann ein spezialisiertes Transportunternehmen zum Zuge kommen. Bezüglich der Kosten dieser Fahrten gibt es im Kanton Bern - nebst Basel der einzige Kanton - die Stiftung BtB, Behindertentransport Bern, welche bis zu 80% dieser Fahrkosten subventioniert. Der Selbstbehalt des Fahrgastes beträgt somit nur zwischen 10 und 15 Franken. Er verweist zudem auf das am 1. Januar 2004 in Kraft getretene Behindertengleichstellungsgesetz, welches anstelle der UN-Konvention in Betracht gezogen werden kann. Die FDP stimmt der Annahme zu und schreibt das Postulat ab.

**Gemeinderat Peter Siegenthaler** danke für die gute Debatte zur Postulatsantwort. Das Bild von Stadtrat Jonas Baumann hat ihm gefallen und empfand er als nachvollziehbar. Der Gemeinderat ist weit weg von der Meinung, diese Auslegeordnung sei alles, was es zu machen gäbe und für Weiteres, was die Zukunft bringt, sei er nicht offen. Er betont, dass in der von Stadtrat Jonas Baumann genannten Küche noch andere mitkochen. Entgegen dem Gehörten, dass kaum Vorschläge zum weiteren Vorgehen dargelegt würden, weist er auf die Antwort des Gemeinderates zum Bereich Bauen und Wohnen hin. Zum Baubewilligungsverfahren wie auch zum Personal wurden entsprechende Äusserungen gemacht. Im Namen des Gemeinderates beharrt er auf dem Vorschlag der Abschreibung, da das Geschäft aufwendig und umfassend von allen Abteilungen geprüft und abgeklärt wurde, auch wenn man noch nicht in allen Bereichen dort ist, wo man sein möchte. Der Gemeinderat signalisiert Offenheit gegenüber dem, was an Auflagen und gesetzlichen Bestimmungen kommt, sowie gegenüber Anforderungen der Organisationen und Interessenverbänden. In diesem Sinn beantragt er, an dem Abschreibungsantrag festzuhalten.

Jonas Baumann-Fuchs, **Fraktion glp/EVP/EDU**, greift nochmals einige Punkte auf. Zur Frage, wie lange für eine Beantwortung gebraucht wird, hält er fest, dass die Komplexität in diesem Fall es nicht zulässt, dass nur eine Einzeldirektion eine Antwort schreibt. Das Anliegen muss direktionsübergreifend bearbeitet werden. Eine verschmälerte Fragestellung würde der Thematik nicht gerecht werden. Die Fragen wurden auch gut beantwortet. Er sieht es aber als Klettergerüst, bei dem noch weitere Routen geklettert werden können. Als zweiten Punkt hält er fest, dass die Gruppe, von der gesprochen wird, alles andere als homogen ist. Die Interessenverbände haben seiner Meinung nach einen Tunnelblick, was er allerdings nicht als

Vorwurf meint. Die Interessenverbände zu koordinieren, ist allerdings eine Herausforderung. Die Tätigkeit in der Arbeitsgruppe «Inklusion Thun» bestätigt diese Komplexität. Es geht nämlich nicht nur um die Menschen im Rollstuhl. Es gibt auch Menschen, die nicht hören oder nicht sehen können. Er kommt auf sein genanntes Menu-Beispiel zurück und betont, dass ein Menu im grösseren Stil mehrere Köche braucht. Mehrere Köche müssen koordiniert werden und er traut der Stadt Thun die Aufgabe der Koordination (Küchenchef) durchaus zu. Abschliessend wünscht er, dass die Stadt Thun, die Gruppe und die Menschen zusammenzubringen und dies verantwortlich koordinieren kann, damit am Schluss ein ansehnliches Menu entsteht.

#### **Stadtratsbeschluss**

**Der Rat** erklärt das Postulat einstimmig als erheblich und schreibt es mit 23 : 14 Stimmen nicht ab.

#### **107. Postulat P 21/2022 betreffend Verlängerung der «mediterranen Nächte»**

**Alice Kropf (SP), Fraktion SP, Valentin Borter (SVP), Thomas Bieri (SVP), Peter Aegerter (SVP), Nicole Krenger (glp), Markus van Wijk (FDP), Fraktion Grüne/JG; Ronald Wyss (Die Mitte) vom 16. Juni 2022; Beantwortung**

Alice Kropf, **Fraktion SP**, erinnert sich, dass der Gemeinderat auch schon das Postulat aus dem Jahr 2015, als es um die Einführung der mediterranen Nächte ging, abgelehnt hatte. Im Kern geht es um dieselben Befürchtungen von mehr Lärm, mehr Vandalismus und mehr Abfall. Sie ist erstaunt über diese diffusen Befürchtungen, da die Faktenlage anders ist. Die Beobachtungen der Patrouillen der Berner Security haben ergeben, dass die mediterranen Nächte weder zusätzlichen Lärm, noch mehr Abfall oder mehr Vandalismus zur Folge haben. Andere Städte machen diesbezüglich die gleichen Erfahrungen. Sie bezieht sich auf die Antwort des Gemeinderates, der bekundet, dass nur 22 Betriebe bei den mediterranen Nächten mitmachen. Ein Vergleich mit den letzten sechs Jahren zeigt aber, dass dies im Durchschnitt liegt. Dieser Fakt spricht somit nicht gegen eine Erweiterung der mediterranen Nächte. Sie ist mit dem Gemeinderat einig, dass nicht alle Betriebe das Bedürfnis nach einer Ausweitung haben. Einige Betriebe wären aber sehr froh darum und es wird niemand gezwungen mitzumachen. Einige der Betriebe, die eine Ausweitung zwar nicht selber beanspruchen würden, haben auch nichts dagegen. Sie stellt deshalb den Antrag auf Annahme und fragt, wie es weitergehen könnte. Sie erachtet es als sinnvoll, den runden Tisch zu reaktivieren, um zu schauen, welcher Kompromiss heute möglich wäre. Beim ersten Postulat hat sich zuletzt ein historischer Kompromiss ergeben und wider allen Befürchtungen ist es eine gute Sache geworden. Bei einer allfälligen Ausweitung wird die Einschätzung vom Regierungstadthalteramt sehr relevant sein. Falls zu viele Auflagen nötig würden, wird kaum ein Betrieb mitmachen. Wenn allerdings dieselben Rahmenbedingungen wie beispielsweise in der Stadt Bern gelten, werden sicherlich einige Betriebe mitmachen. In Bern dauern die Nächte vom 1. Mai bis am 30. September jeweils von Freitag auf Samstag und die Betriebe müssen über eine generelle Überzeitbewilligung verfügen. Sie weist darauf hin, dass einige Stadträtinnen und Stadträte die Meinung des Gemeinderates vertreten, obwohl rund 80% von ihnen bei der Befragung von smart vote mit «ja» oder «eher ja» der Ausdehnung von mediterranen Nächten zugestimmt hatten. Zusammenfassend hält sie fest, dass die Fraktion die Mediterranisierung Schritt für Schritt angeht und die Ausdehnung von mediterranen Nächten ein weiterer Schritt wäre.

Cloe Weber, **Fraktion Grüne/JG**, weiss, dass alle das Gefühl kennen, im Urlaub an der Wärme nicht vor abends um neun Uhr Abendessen zu bestellen und dafür bis spät nachts draussen zu sitzen. Mit der Einführung der mediterranen Nächte konnte ein Stück dieses südländischen Flairs nach Thun geholt werden. An heissen Sommertagen will niemand bereits frühabends zwischen Beton sitzen. Die Sommer werden zukünftig tendenziell noch heisser und unser Leben wird sich somit in den Sommermonaten immer später auf den Abend und in die Nacht verschieben. Erst wenn es draussen dunkel wird, werden die Temperaturen erträglicher und angenehmer. Nicht zu unterschätzen ist, dass sitzende Gäste ruhiger sind als stehende Gäste, die nirgends mehr hingehen können und das Personal der Gastrobetriebe eine gewisse soziale Kontrolle leisten. Eine Prüfung des Vorstosses heisst nicht, dass das Maximum, also eine

Verlängerung und eine Verdoppelung der mediterranen Nächte, die einzig richtige Lösung ist. Es gilt eine Lösung zu finden, die den unterschiedlichen Bedürfnissen und Ansprüchen gerecht wird. Anhand einer fundierten Prüfung kann festgestellt werden, ob Begleitmassnahmen wie beispielsweise eine Sensibilisierungskampagne, nötig sind. Sie betont, dass die Teilnahme der Gastronomiebetriebe freiwillig ist. Das Bedürfnis nach mehr und länger ist bei den Jungen in Thun durchaus vorhanden und das heutige Angebot für späte Stunden in Thun leider sehr überschaubar ist. Sie plädiert dafür, etwas, das in der Vergangenheit funktioniert hat, weiter wachsen zu lassen. Die Fraktion ist für eine Annahme des Postulats.

Daniela Huber Notter, **Fraktion Die Mitte**, dankt für die Beantwortung des Postulats. Persönlich kann sie das Anliegen der Postulanten nachvollziehen. Wäre sie eine Gastronomiebetreiberin, würde sie aber genau prüfen, wie viel Mehrwert die mediterranen Nächte bringe würden. Sie hält fest, dass sich nicht alle Gastronomiebetriebe dieser Erweiterung beherzigen. Die Personalkosten mit Nachtzuschlägen sind hoch und sie behauptet, dass der grosse Umsatz nicht zwischen 23:30 und 02:00 Uhr gemacht wird. Die Anwesenden der Mitte-Fraktion werden sich dem Antrag des Gemeinderats anschliessen.

Nicole Krenger, **Fraktion glp/EVP/EDU**, zählt zwei Überlegungen auf, die die Position der Fraktion wiedergeben. Zuerst nennt sie die bestehenden unterschiedlichen Bedürfnisse, bei welchen es einen Kompromiss braucht, damit sich niemand als Verlierer sieht. Zweitens können sich Bedürfnisse ändern. Die logische Folge draus ist, dass ein guter Kompromiss nach ein paar Jahren auf seine Aktualität und geänderten Bedürfnisse überprüft werden muss. Sie plädiert dafür, ergebnisoffen in eine nächste Runde zu gehen und das Gespräch zu suchen. Einige Jahre sind verstrichen und es darf hinterfragt werden, ob es noch das Richtige ist. Gleichgültig ist, ob das Resultat sieben, zehn oder 14 Nächte sein wird. Wenn dies der neu gefundene Kompromiss ist, ist dies für die Fraktion ebenfalls das Richtige. Die Fraktion nimmt das Postulat an und schreibt es nicht ab.

**Nicole Krenger (glp)** merkt an, dass sie den Wirten zutraut, richtig zu kalkulieren, ob sich diese zusätzlichen Nächte lohnen werden oder nicht. Wenn es keine Nachfrage gibt, wird es nicht zwingend durchgeführt. Der Markt wird sich selber regeln, damit kein Überangebot entsteht. Sie persönlich setzt sich für 14 Nächte und für etwas längere Nächte ein.

Peter Aegerter, **Fraktion SVP**, spricht als Mitpostulant, gleichzeitig aber auch als Anwohner der Innenstadt. Als Postulant erkennt er den Prüfauftrag als sehr gut erfüllt und dankt dem Gemeinderat dafür. Auch wenn er anschliessend für eine Ablehnung ist, ist es Sinn und Zweck, ein solches Postulat einzureichen. Es muss nicht immer alles durchgesteuert werden. Er gratuliert Stadträtin Alice Kropf für ihren Mut und ihr Durchsetzungsvermögen, das sie im Jahre 2015 bewiesen hat. Die Kompromisslösung hat sich gut bewährt und nie zu Beanstandungen geführt. Er anerkennt eine erneute Überprüfung als gute Lösung. Es geht aber nicht darum, ein Königreich zu schaffen und dieses auszuweiten. Die Stadt Thun wird immer mehr zu einer Stadt, die Anlässe anzieht, wie beispielsweise den Ironman, wo die Innenstadt nicht partizipieren kann, ob sie teilhaben will oder nicht. Eine Belastung ist immer wachsend. Von den wichtigsten und gleichzeitig schwächsten Betroffenen wurde heute noch nicht gesprochen, nämlich von den ungefähr 3000 Bewohnern der Innenstadt. Sie sind die Direktbetroffenen, die es auch zu berücksichtigen gilt. Angesprochen wurde, dass es bisher keine Reklamationen gegeben hat. Dies jedoch nur darum, weil die Berner Security im Einsatz war. Eine Umfrage des Thuner Tagblatts hat ergeben, dass von 192 Mitwirkenden 52% der Meinung sind, es ist gut wie es ist, 29% eine Verlängerung wollen und 10% finden, dass es schon heute übertrieben ist. Den restlichen 9% spielt es keine Rolle. Er bittet jene, die für einen Annahme des Postulats sind, nochmals zu reflektieren und betont, dass heute eine Konsenslösung besteht, die der Mehrheit der Bevölkerung gefällt. Die Fraktion SVP unterstützt den Antrag des Gemeinderates und wird das Postulat ablehnen. Sollte die Annahme aber durchkommen, stellt die Fraktion den Antrag auf gleichzeitige Abschreibung.

**Markus van Wijk (FDP)** erklärt, dass er als Postulant ebenfalls seine Meinung geändert hat. Er hat zwar Sympathie für die geforderten Punkte und er ist für eine möglichst moderate Gestaltung des

Miteinanders, welche aber sorgfältig abgewogen werden muss. Eine Verdoppelung der mediterranen Nächte erachtet die FDP nicht als sinnvoll. Im Moment besteht schon ein gut ausgehandelter Kompromiss. Im Weiteren konnte er mit vielen Vertretern von Gastrobetrieben über dieses Thema sprechen. Aus diesen Gesprächen ging praktisch keine Befürwortung für eine Ausdehnung der mediterranen Nächte hervor. Für viele Restaurationsbetriebe rentiert eine Ausdehnung nicht und bringt einen erheblichen Mehraufwand. Es führt einzig dazu, dass die Anwohner noch mehr mit Lärm konfrontiert werden. Es gilt Sorge zu tragen zu dem mit gegenseitigem Respekt ausgehandelten Deal. Dieses fragile Gleichgewicht sollte zwingend erhalten bleiben und darf nicht durch übermässige Forderungen verändert werden. Die Stadt ist gefordert, in Zukunft an peripheren Standorten die Möglichkeit des Zusammenseins zu schaffen. Er denkt unter anderem an geplante Quartierzentren, so dass nicht der ganze Lärm auf die Innenstadt konzentriert ist. Die FDP folgt dem Gemeinderat und wird das Postulat ablehnen.

**Gemeinderat Peter Siegenthaler** betont, dass der Postulatsauftrag und seine Beantwortung relativ kurz sind, er aber gerne noch einige Ausführungen diesbezüglich machen möchte. Zuerst widerspricht er der Aussage von Stadträtin Nicole Krenger und betont, dass nicht die Zufriedenheit, sondern die Unzufriedenheit gleichmässig verteilt werden muss. Dieser Zustand herrscht momentan und daran gilt es Sorge zu tragen. Niemand ist über die heutige Situation vollständig zufrieden, aber niemand wird bevorzugt und das was im Jahr 2015 ausgehandelt wurde, ist sehr wertvoll. Des Weiteren hält er fest, dass in der gemeinderätlichen Antwort nirgends steht, dass der Gemeinderat Angst vor mehr Lärm und Abfall hat er aber am drei-Säule-Modell festhalten will. Alles soll nebeneinander Platz haben und alle müssen Rücksicht aufeinander nehmen. Dabei haben der Innenstadtleist, die Wirte und die Geschäftsleute Hand geboten. Merkwürdig ist allerdings, dass die Forderung nach einer Ausdehnung der mediterranen Nächte dem Gemeinderat von den Wirten nie direkt vorgelegt wurde. Aus einer telefonischen Umfrage bei den betroffenen Betrieben hat er erfahren, dass sich die Begeisterung für eine Ausdehnung in Grenzen hält. Er macht noch auf einen weiteren Punkt aufmerksam und betont, dass noch in diesem Jahr das Geschäft «Ortspolizei» in den Stadtrat kommen wird. Im Rahmen dieses Geschäfts wird eine eventuelle Verlängerung der Nachtruhezeit diskutiert werden. Er bittet den Rat, nichts kaputt zu machen, dass sich seit Jahren bewährt hat und dankt dem Rat, wenn das Postulat abgelehnt wird.

Alice Kropf, **Fraktion SP**, betont, dass mediterrane Nächte eben gerade nicht zu zusätzlichem Lärm führen, ist aber mit der Aussage von Stadtrat Peter Aegerter einig, wonach die Belastung der Anwohner durch zunehmende Anlässe grösser wird. Als Antwort auf das Votum des Gemeinderates Peter Siegenthaler wiederholt sie, dass niemand gezwungen wird, bei den mediterranen Nächten mitzumachen. Wichtig ist, dass das Anliegen nicht darin besteht, die Nächte zu verdoppeln und die Zeit zu verlängern, sondern darin, an einem runden Tisch einen neuen Kompromiss zu finden, auch wenn dieser am Schluss gleich aussehen wird wie bisher. Sie plädiert erneut auf Annahme und nicht Abschreibung.

#### **Stadtratsbeschluss**

**Der Rat** nimmt das Postulat mit 23 : 14 Stimmen an und schreibt es mit 23 : 14 Stimmen nicht ab.

### **108. Interpellation I 5/2022 betreffend Begrifflichkeiten Kadetten [sic!]**

#### **Alice Kropf (SP) und Fraktion SP vom 12. Mai 2022; Beantwortung**

**Der Stadtratspräsident** erlaubt sich, einleitend kurz über dieses Thema zu sprechen. Seit die Interpellation eingereicht wurde, hat er eine grosse Bandbreite an unterschiedlichen Rückmeldungen diesbezüglich erhalten. Als Sozialdemokrat ist er nicht nur sozial, sondern hat auch grosse demokratische Werte in sich. Er findet, dass auch über solche Interpellationen diskutiert werden darf. Aufgrund seiner vorgängig erhaltenen Rückmeldungen diesbezüglich befürchtet er aber, dass die Diskussion im Rat ausufern könnte. Deshalb appelliert er an die Ratsmitglieder, die Contenance nicht zu verlieren und die Ratsgepflogenheiten weiterhin zu berücksichtigen.

Alice Kropf, **Fraktion SP**, ist zwar nur teilweise zufrieden mit der Antwort. Sie betont aber, dass das Ziel, einen Input in den Gemeinderat zu geben, erreicht ist. Spätestens, wenn die Armee die Bezeichnungen anpassen wird, wird dies auch in Thun ankommen, auch wenn die Stadt Thun diesbezüglich eine Pionierrolle einnehmen könnte. Damit die Ratskultur nicht gefährdet wird, wünscht sie keine Diskussion.

**109. Interpellation I 7/2022 betreffend Energiesparen in Thun**

**Adrian Christen (SP) und Mitunterzeichnende vom 12. Mai 2022; Beantwortung**

**Adrian Christen (SP)** ist mit der Antwort teilweise zufrieden und dankt dem Gemeinderat für die ausführliche Antwort und guten Inputs. Er ist der Ansicht, dass die Stadt Thun zwar tendenziell eher spät dran ist und hebt hervor, dass der Kanton Zug bereits im Jahr 2017 mit dem Bau der Seewärmenutzung begonnen hat, welcher aber erst im Jahr 2040 fertig sein wird. Er findet, dass mittel- bis kurzfristig mit dem Förderprogramm Energie, das momentan noch blockiert ist, am meisten erreicht werden kann. Er wünscht keine Diskussion.

**110. Fragestunde F 21/2022 betreffend Seetankstelle; Reto Schertenleib, Philipp Deriaz (SVP), Jonas Baumann Fuchs (EVP) und Nicolas Glauser (glp) vom 25. Oktober 2022; Beantwortung**

Die Fragestunde F 21/2022 wird schriftlich beantwortet.

**111. Fragestunde F 22/2022 betreffend Bäume Seefeldstrasse; Barbara Lehmann Rickli (FDP) vom 25. Oktober 2022; Beantwortung**

Die Fragestunde F 22/2022 wird schriftlich beantwortet.

**112. Fragestunde F 23/2022 betreffend Fernwärme; Mark van Wijk (FDP), Barbara Lehmann Rickli (FDP), Claude Schlapbach (FDP) vom 25. Oktober 2022; Beantwortung**

Die Fragestunde F 23/2022 wird schriftlich beantwortet.

**113. Fragestunde F 24/2022 betreffend Bilanz Geländer Aarequai; Valentin Borter (SVP) vom 25. Oktober 2022; Beantwortung**

Die Fragestunde F 24/2022 wird schriftlich beantwortet.

**114. Postulat P 34/2022 betreffend Behandlung von Gesuchen um Ersatz von fossilen Heizungsanlagen durch Wärmepumpen und dergleichen; Thomas Hiltbold (Grüne), Adrian Christen (SP), Barbara Lehmann Rickli (FDP), Markus van Wijk (FDP), Claude Schlapbach (FDP), Eveline Salzmann (SVP), Marianna Oesch Bartlome (SP), Fraktionen glp/EVP/EDU und Grüne/JG vom 27. Oktober 2022; Dringlichkeitsbeschluss**

**Der Stadtratspräsident** informiert, dass sich der Gemeinderat der Dringlichkeit nicht widersetzt.

**Der Rat** erklärt das Postulat grossmehrheitlich als dringlich.

## Mitteilungen

**Der Stadtratspräsident** fordert die Anwesenden auf, die Anmeldung für die erhaltene Einladung zum Stadtratsschlussabend vom 16. Dezember 2022 fristgerecht auszufüllen. Des Weiteren gratuliert er dem Stadtrat Peter Aegerter zur Pensionierung und wünscht ihm alles Gute.

## Eingänge

- Dringliches Postulat P 34/2022 betreffend Behandlung von Gesuchen um Ersatz von fossilen Heizungsanlagen durch Wärmepumpen und dergleichen; Thomas Hiltbold (Grüne), Adrian Christen (SP), Barbara Lehmann Rickli (FDP), Markus van Wijk (FDP), Claude Schlapbach (FDP), Eveline Salzmann (SVP), Marianna Oesch Bartlome (SP), Fraktionen glp/EVP/EDU und Grüne/JG vom 27. Oktober 2022
- Postulat P 35/2022 betreffend Bootsplatzverordnung; Fraktionen SVP, glp/EVP/EDU, Die Mitte sowie Barbara Lehmann Rickli (FDP), Markus van Wijk (FDP) und Claude Schlapbach (FDP)

Der Stadtratspräsident



Martin Allemann

Der Stadtratssekretär



Christoph Stalder